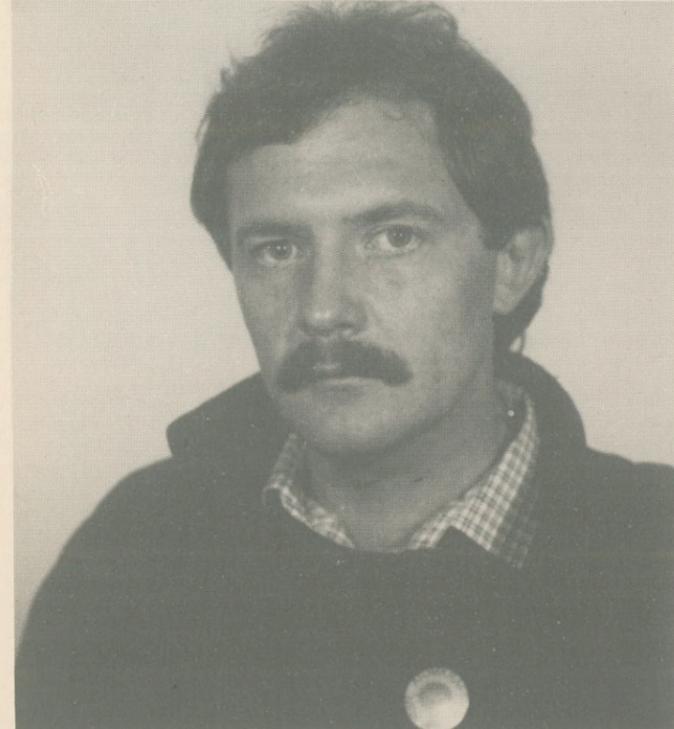


Roter DGB-Kreisvorsitzender kündigt grünen Gewerkschaftssekretär wegen schwarzen Kontos

□ **Spätestens seit seinem Übertritt von der CDU zu den Grünen war der Gewerkschaftssekretär Michael Schmelich den lokalen DGB-Apparatschiks ein Dorn im Auge. Willkommener Anlaß, ihm, allerdings etwas vorschnell und unter Mißachtung formaler Erfordernisse, die außerordentliche Kündigung auszusprechen, welche dann in eine vorläufige Dienstsuspendierung umgewandelt werden mußte, war die Entdeckung eines sog. schwarzen Kontos.**

Über den Anlaß, die Hintergründe dieser ein bezeichnendes Bild auf das Demokratieverständnis des hiesigen DGB werfenden Affäre, sowie über die Perspektiven neuer gewerkschaftlicher Arbeit sprach Klaus-Peter Flügel mit dem Betroffenen.



HI: Durch die Lokalpresse geisterten im Januar zwei sich widersprechende Meldungen. Einmal hieß es, der DGB hätte Dich wegen der Führung eines sog. schwarzen Kontos fristlos gekündigt, wenig später kam dann die Nachricht, Du seist lediglich erst mal nur vom Dienst suspendiert. Mich interessiert, wie sich die DGB-Instanzen Dir gegenüber in dieser Sache verhalten haben.

MS: Am 17. 2. rief mich der DGB-Kreisvorsitzende Siegfried Krüger in der Schweizer Spezialklinik an, in der ich seit November ein Augenleiden auskurieren habe, um mir mitzuteilen, es sei ein Konto der DGB-Jugendgruppe entdeckt worden, von dessen Existenz man angeblich nichts gewußt habe. Ich sollte doch dazu mal Stellung beziehen. Das Jugendgruppenkonto war für mich eine ganz nor-

male Sache. Dieses Konto wurde 1979 von der Duderstädter Jugendgruppe eingerichtet. Es lief eine ganze Zeit lang auf den Namen des damaligen Vorsitzenden. Als dieser ausschied, wurde das Konto auf meinen Namen überschrieben. Über dieses Konto sind zu keiner Zeit Gewerkschaftsbeiträge gelaufen oder irgendwelche Haushaltsmittel. Hauptsächlich wurden Spenden und Referentenhonorare eingezahlt. In zwei Fällen konnten Zuschüsse des Landkreises für Wochenendseminare verbucht werden. Aus meiner Sicht war dieses Konto ein autonomes, also kein schwarzes DGB-Konto. Der gesamte Umsatz dieses Kontos belief sich im Laufe der Jahre auf höchstens DM 2.000. Nur damit die Größenordnung mal klar wird. Für mich war mit der Stellungnahme der Fall eigentlich erledigt.

Am 5. 1. teilte mit Siegfried Krüger telefonisch mit, es täte ihm leid, mir mitteilen zu müssen, der Bundesvorstand hätte mir die fristlose Kündigung ausgesprochen. Ich hatte den Hörer noch nicht ganz aufgelegt, da erhielt ich einen Anruf der Duderstädter Zeitung. Die hatte wohl vorher mit Krüger gesprochen, wußte also in dieser Angelegenheit Bescheid. Die Information, die mir Krüger ins Krankenhaus gab, diente wohl nur der offiziellen Information.

HI: Das Ganze spielte sich ja in Deiner Abwesenheit ab. Hast Du klären können, wie die Entscheidungsprozesse abliefen?

MS: Nach meiner Stellungnahme war man wohl fest dabei, mir die Kündigung auszusprechen. Einen Tag vor Heiligabend trat der Betriebsrat zusammen. Ohne mich anzuhören, stimmte er einer fristlosen Kündigung zu. Dieser Vorgang wurde mir erst am 5. Januar bekannt. Dann erschienen auch die offiziellen Presseerklärungen des DGB, ich sei fristlos gekündigt, wegen Verstoßes gegen die Kassenrichtlinien. Eine wirksame Kündigung kann aber nur durch den Bundesvorstand ausgesprochen werden. Dieser hat sich mit meinem Fall das erste Mal am 10. Januar beschäftigt. In dieser Sitzung hat er die Kündigung nicht ausgesprochen, sondern lediglich festgestellt, daß die ganze Sache geprüft werden müsse. Sollte am Ende nur herauskommen, daß mir außer der Führung dieses sog. schwarzen Kontos nichts vorgeworfen werden könne, so reiche dies für eine Kündigung keinesfalls aus.

HI: Mir scheint, daß die Entdeckung dieses sog. schwarzen Kontos für bestimmte Kreise innerhalb des DGB lediglich als Anlaß benutzt wurde, einen unbequemen Gewerkschafter loszuwerden?

MS: Die ganzen Maßnahmen kann man sicherlich nur verstehen, wenn man weiß, was sich seit meinem Übertritt zu den Grünen abgespielt hat. Kurz vor meiner Rückkehr aus der Schweiz erhielt ich dann noch eine Abmahnung, nach dem Motto, die Führung des Kontos sei also nicht legal gewesen. Mit diesem Schreiben wurde mir gleichzeitig die Suspendierung vom Dienst ausgesprochen, mit dem Ziel mich zu versetzen. Seit meinem Wechsel zu den Grünen wurde versucht, mich aus dem schwarzen Eichsfeld wegzukriegen. Bereits am 2. Januar soll jemand während einer Stammtischrunde der CDU-Sozialausschüsse gesagt haben: „Wir haben es geschafft, Schmelich wird versetzt!“

HI: Wie bewertest Du jetzt die Versuche, Dich hier abzuschleichen?

MS: Nicht nur politisch, sondern auch verfassungsrechtlich halte ich es für äußerst bedenklich, wenn jemand nur deshalb, weil er für eine demokratische Partei kandidiert, mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hat, denn nichts anderes stellt die Versetzung dar. Es muß noch berücksichtigt werden, daß ich ja 1984 für die Grünen in den Landtag nachrückte, somit meine Versetzung praktisch auch eine Versetzung aus meinem politischen Wahlkreis bedeuten würde. Dies wäre ein einmaliger Vorgang.

HI: Diese ganze Geschichte kommt ja nicht von ungefähr. Schon während des Landtagswahlkampfes hat Dein Vorgesetzter, der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende und SPD-Gegenkandidat Meino Nielsen Dir arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht. Welche konkreten Maßnahmen hat es außerdem noch gegeben, Deine Betätigungsmöglichkeiten einzuschränken?

MS: Bereits während des Wahlkampfes war ich permanenten Schikanen ausgesetzt, wurde mir eine vernünftige Arbeit unmöglich gemacht. So wurde mir erklärt, ich könne nur außerhalb meiner 40-Stunden-Woche Wahlkampf betreiben. Für Leute, die für die SPD kandidieren, gilt diese Beschränkung jedoch nicht. Als ich meinen Arbeitgeber fragte, ob ich denn bis zur Übernahme meines Mandats etwa vier Mal im Jahr an Fraktionssitzungen der Grünen teilnehmen könne, wurde mir mitgeteilt, das sei möglich, wenn ich bezahlten Urlaub nehmen würde. Man muß aber wissen, daß SPD-Abgeordnete in der Vergangenheit neben dem Fulltimejob Landtagsarbeit ihren Fulltimejob beim DGB behalten und praktisch volle Bezüge kassieren konnten.

HI: Ich kann mir vorstellen, daß sich Dein Politikverständnis von dem Deines Arbeitgebers in wesentlichen Punkten unterscheidet. Ich denke da nur an das Spannungsfeld Ökologie – Ökonomie.

MS: Was das Politikverständnis betrifft, darf man das jetzt nicht auf das Verhältnis der Ökonomie zur Ökologie verengen. Ich habe halt ein bestimmtes kritisches Verständnis einem Apparat und eingefahrenen Strukturen gegenüber. Seit ich bei den Grünen bin, läßt sich das nur besser ordnen. Dieses Verständnis hatte ich aber bereits vorher, als ich noch bei der CDU war. Damals spielte das offensichtlich als Kritikpunkt keine große Rolle, weil meine Position innerhalb des rot-schwarzen Proporzspektrums angesiedelt war, welches innerhalb des DGB existiert. So eine Meinungsäußerung, der DGB habe eigentlich kein Recht, über ein Konto zu entscheiden, welches die Jugendgruppe eingerichtet hat, zeigt irgendwo, daß ich mich in der Tat in dieser Frage außerhalb der üblichen Denkstrukturen bewege. Denn nach dem Verständnis des Apparats kann so eine Jugendgruppe ja auch aufgelöst werden. Mein Verständnis von Basisdemokratie deckt sich halt eben nicht immer mit den repräsentativen DGB-Strukturen, die, teils notgedrungen, teil historisch gewachsen, einfach existieren. Für

mich stellt die Frage der Legitimation ein entscheidendes Kriterium meiner Arbeit dar. Für mich kommt es nicht darauf an, daß ich durch Bundes- oder Landesvorstände legitimiert werde, sondern einfach durch die kleinste Ebene, mit der ich arbeite.

In diesem Zusammenhang muß noch festgestellt werden, daß neue Politikvorstellungen von eingefleischten Gewerkschaftsfunktionären nicht als Chance, sondern als Bedrohung aufgefaßt werden. Die Grünen werden nicht als Bereicherung, sondern als Gefahr für die gewerkschaftliche Arbeit angesehen, also für das, was man meint, historisch richtig tun zu müssen. Früher wurde immer gesagt, ich sei zwar bei der falschen Partei, meine Gewerkschaftsarbeit sei aber ok. Aber nun muß ich bei allem, was ich tue, deutlich werden lassen, daß ich dies als Gewerkschaftsmitglied und nicht als Grüner mache. Wenn man jedoch politische Arbeit betreibt, ist klar, daß sich bestimmte Dinge nicht trennen lassen. Das sollten gerade diejenigen wissen, die der SPD besonders nahe stehen und deutlich werden lassen.

HI: Wie beurteilst Du die Möglichkeiten besonders für Anti-AKW-Gegner, innerhalb einer Organisation politisch zu arbeiten, die sich teilweise sehr vehement für die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen hat?

MS: Im Jugendbereich ist die Riege

der AKW-Gegner eigentlich bereits recht groß. Natürlich ist es ein Unterschied, ob ein ehrenamtlicher Kollege gegen die Atomenergie in die Bütt steigt oder ob ich als DGB-Sekretär mit einem »Stopp der Atomindustrie!«-Button zur 1. Mai-Feier komme. Gegenüber neuen Positionen gibt es schon Berührungspunkte, die sich auf unterer Ebene recht konkret manifestieren. Allerdings sagt man nicht, man habe etwas gegen die Grünen, sondern es wird gesagt, die Art und Weise, wie der Kollege diskutiert, gefalle nicht. Das läuft recht subtil ab. In meinem Fall ist es ja so, nicht die obere Ebene versucht mich als momentan einzigen grünen Sekretär im DGB-Bereich wegzuschleifen, sondern die regionalen Ebenen.

Eine weitere Tatsache, die ich immer stärker höre, besagt, daß sich die Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit zu Beginn der 80er Jahre verschlechtert haben. Die Konsequenz, die aus der wachsenden Arbeitslosigkeit gezogen wird, ist folgende: die Reihen fest geschlossen; Abweicher werden gar nicht mehr geduldet. Das ist leider das Problem. Die Krisenerscheinungen führen halt nicht dazu, daß man sich neuen Strömungen gegenüber öffnet, nein, man schottet sich ab.

Es gibt Leute, die sagen, gerade angesichts des Neue-Heimat-Skan-

dals müsse darauf geachtet werden, daß formale Dinge eingehalten werden. Da werden jetzt aber Vergleiche gezogen, die absolut nichts miteinander zu tun haben. Da schafft einer mehrere hundert Millionen zur Seite, schädigt damit die Gewerkschaft noch um einige hundert Millionen, die ganze Spitze pennt, und alle Verantwortlichen werden noch nicht einmal zur Rechenschaft gezogen. Und wenn jemand versucht, mehr und bessere Möglichkeiten für die Jugendgewerkschaftsarbeit zu schaffen, kommen solche Reaktionen.

Um abschließend noch mal auf meinen Fall zurückzukommen, so sind die Kommentare der örtlichen Presse hier eigentlich recht bezeichnend, auch von Leuten, die mir persönlich als auch politisch gar nicht mal wohlgesonnen sind. Da ist die Rede von einem Skandal für den DGB, dessen Demokratieverständnis anzuzweifeln sei. Wenn ich davon ausgehe, daß durch den ganzen Pressewirbel Arbeitsgrundlagen zerstört worden sind, dann sind die Verursacher dieser Kampagne letztendlich diejenigen, die dem DGB Schaden zugefügt haben.

ECHTER GESCHMACK AUS DEM FRISCHEPACK.

VAN NELLE Halbware gibt es im Frischepack mit der extra langen Lasche. Garantiert mehr Genuß bis zum letzten Dreh.



Immer frisch – griffig – der volle Geschmack. **VAN NELLE** seit 1782.